

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Katharina Dröge, Anja Hajduk,
Uwe Kekeritz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/16495 –

**Klima und Menschenrechte schützen – EU-Mercosur-
Assoziierungsabkommen stoppen**

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, sich im Rat der EU für einen Stopp der Ratifizierung des jetzigen EU-Mercosur Abkommens und Nachverhandlungen mit einem neuen Mandat einzusetzen; sich im Rat der EU für ein neues Verhandlungsmandat und auf EU-Ebene für einen effektiven Importstopp für Agrarprodukte einzusetzen, die im Zusammenhang mit der Zerstörung von Waldflächen und anderer ökologisch bedeutsamer Gebiete sowie Menschenrechtsverletzungen und Landraub stehen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Vorabfassung - wird durch die entgültige Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/16495 abzulehnen.

Berlin, den 11. März 2020

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Markus Töns
Berichtersteller

Vorabfassung - wird durch die entgültige Fassung ersetzt.

Bericht des Abgeordneten Markus Töns

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/16495** wurde in der 141. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Januar 2020 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überweisen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Aus Sicht der den Antrag stellenden Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN trage das Abkommen nicht ausreichend Sorge für den Schutz von Umwelt, Klima, Menschenrechten sowie Verbraucherinnen und Verbrauchern. Der Abschluss des Abkommens in der vorliegenden Form sei deshalb ein schwerer Fehler. Aus diesen und weiteren Gründen wird die Bundesregierung unter anderem dazu aufgefordert, sich im Rat der EU für einen Stopp der Ratifizierung des jetzigen EU-Mercosur Abkommens und Nachverhandlungen mit einem neuen Mandat einzusetzen, sich im Rat der EU für ein neues Verhandlungsmandat einzusetzen, dass für alle handelsrelevanten Kapitel Regeln für den Schutz und Erhalt von Umwelt, Biodiversität und Klima sowie Arbeits- und Sozialstandards vorsieht und zudem ein sanktionierbares Nachhaltigkeitskapitel, Vereinbarungen zum Erhalt des Amazonas-Regenwaldes in seiner jetzigen Größe und einen wirksamen Beschwerdemechanismus für Menschenrechtsverletzungen enthält. Weiterhin wird die Bundesregierung aufgefordert, sich auf EU-Ebene für einen effektiven Importstopp für Agrarprodukte einzusetzen, die im Zusammenhang mit der Zerstörung von Waldflächen und anderer ökologisch bedeutsamer Gebiete sowie Menschenrechtsverletzungen und Landraub stehen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/16495 in seiner 52. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 19/16495 in seiner 85. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag auf Drucksache 19/16495 in seiner 49. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/16495 in seiner 65. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 19/16495 in seiner 50. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 19/16495 in seiner 49. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der

Vorabfassung - wird durch die entgültige Fassung ersetzt.

CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 19/16495 in seiner 58. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 19/16495 in seiner 64. Sitzung am 11. März 2020 abschließend beraten.

Die **Fraktion der AfD** sah die EU und Deutschland in einem Dilemma. Auf der einen Seite profitiere die EU von ihren Nahrungsmittelexporten, auf der anderen Seite müsse die Ernährung in Europa selbst gesichert werden. Die Demonstrationen der Landwirte der letzten Wochen zeigten die Fragilität der Situation auf. Die Standards in Deutschland würden immer mehr angehoben, gleichzeitig werde der Markt für günstige Agrarprodukte aus Südamerika geöffnet. Die Fraktion befürwortete den Freihandel im Allgemeinen und auch das Abkommen mit Südamerika im Besonderen. Die Interessen der heimischen Landwirtschaft müssten allerdings gewahrt werden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** bezeichnete die Unterzeichnung des Mercosur-Abkommens in der vorliegenden Form als unverantwortlich. Es bestehe noch die Gelegenheit, den Prozess zu stoppen. Die Klimaprobleme und die Amazonaspolitik der gegenwärtigen brasilianischen Regierung existierten nicht im luftleeren Raum. Die legale und illegale Brandrodung stehe in direktem Zusammenhang mit dem Klimawandel. Das Mercosur-Abkommen schaffe den Anreiz, neue landwirtschaftliche Flächen in Brasilien zu erschließen. Deshalb müsse das Abkommen klare Klima- und Umweltschutzstandards beinhalten. Der Klimaschutz sei zwar verankert, aber nicht sanktionsbewehrt. Das Abkommen halte kein Gleichgewicht zwischen Umwelt- und Wirtschaftsinteressen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erinnerte an die Bilder des brennenden Amazonas-Regenwaldes vom vergangenen Jahr. Es habe eine große Betroffenheit geherrscht, Absichtserklärungen seien abgegeben worden. Dabei besitze die EU ein effektives Instrument zur Durchsetzung von Forderungen: Den Abschluss oder den Nicht-Abschluss des Mercosur-Freihandelsabkommens. Die Waldbrände würden in diesem Jahr sicher erneut ausbrechen. Die Situation der Indigenen bleibe dramatisch. Menschen, die sich für den Schutz des Waldes aussprächen, seien Morddrohungen ausgesetzt. Die Bundesregierung tue nichts. Die Fraktion kritisierte diese Haltung als unverantwortlich und fordere, dass sich die Bundesregierung dafür einsetze, die Nachhaltigkeitskapitel im Vertrag bei Verstößen sanktionierbar zu gestalten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** schickte voraus, dieses wichtige geostrategische Handelsabkommen sei inzwischen seit zwanzig Jahren verhandelt worden. Das Abkommen zu stoppen, sei nicht der richtige Weg. Die in der EU geltenden Standards würden selbstverständlich eingehalten. Das Abkommen werde auch Chancen für die hiesige Landwirtschaft bieten. Schon heute profitierten deutsche Milchbauern enorm von den EU-Freihandelsabkommen. Sollte es ungeachtet dessen zu Problemen kommen, beispielsweise zu Preisverwerfungen, sehe das Abkommen entsprechende Schutzklauseln vor. Darüber hinaus sehe das Abkommen eine Aufforstung von zwölf Millionen Hektar Wald vor und enthalte zur Nachhaltigkeit auch einen Streitbeilegungsmechanismus. Es gebe kein einziges Abkommen, in dem die Sanktionierbarkeit als der bessere Weg als der angesehen werde, im Wege von Verhandlungen zu einem besseren Ergebnis zu kommen.

Die **Fraktion der SPD** stellte fest, das Mercosur-Abkommen sei kein reines Freihandels-, sondern ein Assoziationsabkommen. Die Verhandlungen dauerten nun schon zwanzig Jahre. Für Europa habe das Abkommen gerade auch aus Nachhaltigkeitsaspekten, mit seinen Forderungen nach Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen und der Menschenrechte eine enorme Bedeutung. Zwar müsse dort nachgebessert werden, das Abkommen sei so nicht ratifizierbar, aber es sei nicht richtig, die Verhandlungen abzubreaken. Was die Forderung nach Sanktionen betreffe, so gebe es bisher keinen Mechanismus im Bereich der Nachhaltigkeit, der wirklich greifbar sei. Verhandlungen dürften nicht von der Beliebtheit der verhandelnden Personen abhängig gemacht werden. Europa dürfe Anderen nicht mit einem moralisch erhobenen Zeigefinger begegnen. Verbesserungen seien nur im Dialog und auf Augenhöhe zu erreichen.

Vorabfassung - wird durch die entgeltliche Fassung ersetzt.

Die **Fraktion der FDP** legte dar, seit zwanzig Jahren werde verhandelt, die aktuelle politische Besetzung der Regierungen der Verhandlungspartner dürfe dabei keine Rolle spielen. Es sei ein Irrtum zu glauben, dass Vorgängerregierungen auch anderer politischer Couleur genehmere Verhandlungspartner sein könnten. Selbstverständlich müsse ständig das Bemühen bestehen, in Verhandlungen die Ergebnisse zu verbessern. Allerdings müssten die Verhandlungen auch einmal zu einem Ergebnis führen. Ein Abbruch mache die europäische Politik nicht glaubwürdiger. Die Fraktion warnte davor, die außenpolitische Glaubwürdigkeit, welche nicht auf militärischer Stärke beruhe, dadurch sicherzustellen, dass man Handelsverträge mit Themen belaste, die eigentlich durch andere Mittel durchgesetzt werden müssten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/16495 zu empfehlen.

Berlin, den 11. März 2020

Markus Töns
Berichterstatte

Vorabfassung - wird durch die entgültige Fassung ersetzt.